

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## Fürst Hans-Adam II. eröffnete gestern mit seiner Thronrede den Landtag

Fragen zur europäischen Integrationspolitik im Mittelpunkt der Ansprache des Landesfürsten – Landtagspräsident Ritter und Vizepräsident Biedermann wiedergewählt

(G.M.) – Mit seiner Thronrede eröffnete Fürst Hans-Adam II. gestern vormittag den Landtag für den letzten Sessionsabschnitt der Legislaturperiode 1989 bis 1993. Der Landesfürst befasste sich in seiner Ansprache ausschliesslich mit ausserpolitischen Fragen, insbesondere der europäischen Integrationspolitik, und sprach sich unter den gegenwärtigen Bedingungen gegen ein liechtensteinisches EG-Beitrittsgesuch aus. Bei den anschliessenden Bürowahlen bestellte der Landtag den bisherigen Amtsinhaber Dr. Karlheinz Ritter (VU) zum Landtagspräsidenten, ebenso wurde Josef Biedermann (FBP) in seiner Funktion als Landtagsvizepräsident bestätigt.

Nach dem Heiliggeistamt in der Pfarrkirche St. Florin, das musikalisch vom Kirchenchor umrahmt wurde, begaben sich die 25 Abgeordneten des Landtags in den provisorischen Landtagssaal in der Musikschule. In Begleitung von Regierungschef Hans Brunhart und Protokollchefin Aldina Sievers-Nutt betrat Fürst Hans-Adam II. den festlich geschmückten Landtagssaal, in dem sich auch einige Zuschauer sowie Medienvertreter aus dem In- und Ausland eingefunden hatten, und begann sogleich mit seiner Ansprache an die Abgeordneten.

### Isolation oder Vertrag mit der EG?

Einleitend in seiner Thronrede bemerkte Fürst Hans-Adam II. mit Hinweis auf die laufende EWR-Diskussion, Unsicherheit über die Zukunft unseres Landes scheine Teile unserer Bevölkerung erfasst zu haben. Nach seiner Ansicht ist das Fürstentum Liechtenstein, fuhr der Fürst weiter, «auf einen so grossen Schritt wie die EG-Mitgliedschaft derzeit nicht vorbereitet». Weder der ausserpolitische Apparat wäre dieser Aufgabe gewachsen, noch könnte ein innenpolitischer Konsens gefunden werden. Dennoch bezeichnete der Landesfürst es als falsch, «eine EG-Mitgliedschaft Liechtensteins für immer auszuschliessen». Aber dennoch sei

unser Land derzeit nicht in der Lage, «der Schweiz in Richtung EG-Mitgliedschaft zu folgen.» Ausgehend von dieser Ausgangslage, verbleiben nach Auffassung von Fürst Hans-Adam kurz- und mittelfristig nur zwei Alternativen: Entweder eine Isolationspolitik gegenüber der europäischen Integration oder ein Vertrag mit der EG.

### Nachteile der Isolationspolitik

Eine Isolationspolitik erscheint dem Landesfürsten zwar denkbar, doch gelte es dabei die langfristigen Konsequenzen zu überlegen: «Bei einem EG-Beitritt der Schweiz wären sowohl dem Zollvertrag wie auch dem bestehenden Freihandelsvertrag mit der EG die Grundlagen entzogen.» Die Wirtschaft wäre nach seiner Auffassung mit einer Verschlechterung der Situation konfrontiert, wobei mit Ausnahme des Gesellschaftswesens praktisch alle Wirtschaftssektoren betroffen wären. Der Landesfürst gab auch seine Zweifel zu verstehen, ob das Gesellschaftswesen unter den darauf folgenden Umständen langfristig von der selbstgewählten Isolation profitieren könne.

### Offenhalten von Optionen

Nach Abwägung der Vor- und Nachteile der verschiedenen Schritte sprach sich Fürst Hans-Adam II. für «einen mittleren Kurs» aus, der «alle Optionen für die Zukunft offenhält». Konkret führte er dazu aus: «Dies ist aber nur über einen Vertrag mit der EG möglich, der für unsere Wirtschaft den freien Güter- und Dienstleistungsbetrieb vorsieht, unserer Bevölkerung die Freizügigkeit in der EG ohne eigene Überfremdung ermöglicht und der das Gesellschaftswesen nicht existenziell bedroht.» Zum angesprochenen mittleren Kurs zählt der Landesfürst offenbar den Beitritt zum EWR-Abkommen, das er als «fast die optimale Lösung unseres Problems» bezeichnete, obwohl man sich noch einige Verbesserungen vorstellen könnte. Wenn Liechtenstein



Fürst Hans-Adam II. eröffnete gestern vormittag den Landtag mit seiner traditionellen Thronrede. Er widmete seine gesamte Ansprache der europäischen Integration und den Möglichkeiten Liechtensteins, in diesem Integrationsgeschehen bestehen zu können. (Bild: Beat Schürch)

einen EWR-Vertrag ablehne, gab sich Fürst Hans-Adam II. überzeugt, werde es von der EG keinen besseren Vertrag erhalten.

### Entscheidungsmöglichkeit erhalten

Nach der Thronrede des Landesfürsten hielt Alterspräsident Dr. Walter Oehry (VU) seine Ansprache, in der er ebenfalls, aber weniger konkret auf die Integrationspolitik einging. Die Bemühungen

von Fürst, Landtag und Regierung müssten darauf ausgerichtet sein, meinte er, den hohen Lebensstandard durch eine konkurrenzfähige Wirtschaft auch im europäischen Integrationsprozess nicht zu verlieren und dem Fürstentum Liechtenstein einen Teil seiner Bewegungsfreiheit und Entscheidungsmöglichkeit zu erhalten. Mit Blick auf Publikationen verschiedener Interessengruppen, die dem EWR-Vertrag skeptisch bis ablehnend gegen-

überstehen, bemerkte er, trotz Partikularinteressen oder Existenzängsten einzelner Gruppen dürfe der Überblick nicht verloren gehen und müsse das Gesamtinteresse im Auge behalten werden.

Die Thronrede von Fürst Hans-Adam II. und die Ansprache des Alterspräsidenten sowie die Resultate der Bürowahlen veröffentlichten wir im Innern der heutigen Ausgabe.

## Wir brauchen kein Staatsvertragsreferendum in Liechtenstein

Stellungnahme von Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille zur bevorstehenden Abstimmung über das Staatsvertragsreferendum

Man könnte sich, wenn man gegen ein Staatsvertragsreferendum ist, dem Verdacht aussetzen, den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern ein Recht oder das Verständnis für ausserpolitische Belange abzusprechen, insbesondere in sie kein Vertrauen zu haben. Dies wäre aber eine voreilige Meinung, denn es geht um mehr.

Die Kernfrage ist die, wie man es mit unseren Institutionen, die für das Gemeinwohl, m.a.W. für den Staat da sind, hält. Beantwortet werden muss die Frage, welche Regelung die beste Lösung für unser kleines Staatswesen ist. Aus diesem Grunde ist es zu einseitig, wenn die Dis-

kussion nur über mehr oder weniger Volksrechte geführt wird und die Antwort nur auf die Demokratie reduziert bleibt. Denn die Demokratie kann auf verschiedene Art und Weise gelebt werden. Das Staatsvertragsreferendum ist jedenfalls keine Konsequenz der Demokratie. Diese hat denn auch in den einzelnen Staaten eine verschiedene Ausgestaltung erfahren. In den meisten Staaten ist die Demokratie repräsentativ, d.h. das vom Volk gewählte Parlament zuständig. Und es wird wohl niemandem einfallen zu behaupten, eine Bürgerin oder ein Bürger der Bundesrepublik Deutschland sei weniger Demokrat als etwa eine Bürgerin oder ein Bürger des Fürstentums Liechtenstein.

### Bewährtes aufgeben?

Kein Zweifel besteht auch, und es ist sicherlich richtig, dass es Sache des Verfassungsgebers ist, über die Frage der Machtverteilung im Staate und über das Verhältnis der obersten Staatsorgane zueinander zu bestimmen, so auch, wenn es um die Ausgestaltung der Volksrechte geht. Darüber hat aber der Verfassungsgeber bereits entschieden, indem er die Staatsverträge in die Kompetenz von Fürst, Landtag und Regierung gab. Unser Land war damit – wie dies die letzten 70 Jahre beweisen – gut beraten. Nun soll neu, wie es die Initiative will, von dieser Regelung abgerückt werden und auch bei Entscheidungen in ausserpolitischen Angelegenheiten dem Volk das letzte Wort vorbehalten bleiben. Wir müssen uns daher fragen, ob ein Staatsvertragsreferendum auch ein Mehr für das Staatsganze zu erbringen imstande ist. Dies dürfte aber kaum der Fall sein, weil man damit etwas, das sich bewährt hat, aufgeben würde. Es sind jedenfalls Zweifel ange-

bracht, ob ein Staatsvertragsreferendum unser Land mit der notwendigen Selbstsicherheit gegenüber andern Staaten auftreten liesse, die es braucht, um sich selbst behaupten zu können.

### Heutige Zuständigkeitsordnung reicht aus

Soweit man aus der Diskussion schliessen kann, bestehen keine Meinungsunterschiede darüber, dass sich die Ausserpolitik in vielerlei Beziehung als Staatstätigkeit von grosser Bedeutung erweist und sie daher der demokratischen Legitimation und Transparenz bedarf. Dies ist zugegebenermassen eine der Grundvoraussetzungen für ihre Glaubwürdigkeit und ihre innenpolitische Akzeptanz. Die heu-

tige Zuständigkeitsordnung weiss aber diesem Anliegen durchaus gerecht zu werden und gibt nichts aus der Hand, was die Stimmbürgerin und der Stimmbürger nicht will. Es ist nämlich keineswegs so, dass eine Entscheidung, die einem Staatsvertragsreferendum unterliegen würde, besser legitimiert wäre als eine Entscheidung, die der Landtag als Organ der Stimmbürgerschaft gefällt hat.

### Demokratie auch mit Landtag

Eine Entscheidung, gleichgültig ob sie der Landtag oder das Stimmvolk trifft, ist eine demokratische Entscheidung. Entscheidend ist vielmehr, wie sich die einzelne Stimmbürgerin und der einzelne

(Fortsetzung auf Seite 2)

## Euroactividade-Sanierung gesichert

(spk) Die Sanierung des liechtensteinischen Golf- und Luxuserienunternehmens Euroactividade ist gesichert. Zwischen Euroactividade-Rechtsanwalt Michael Werder und einer kreditgebenden Gläubigerbank konnte eine Einigung erzielt werden: Werder hat sich in den Verwaltungsrat des Vaduzer Unternehmens wählen lassen, und hat somit die Bedingung der Bank erfüllt.

Die Finanzierung der Euroactividade ist für das laufende Geschäftsjahr mit dem Wiedereintritt Werders in den Verwaltungsrat geregelt, wie der Rechtsanwalt am Mittwoch mitteilte. Die Mitgliedschaft Werders im Euroactividade-VR stellte eine der vier kreditgebenden Gläubigerbanken als Bedingung für die Gewährung eines weiteren Sanierungskredites in Höhe von 10 Mio Franken.

RENOMMIERTESTEN  
ZWANZIG DER WELTWEIT  
SCHWEIZER MARKENUHREN

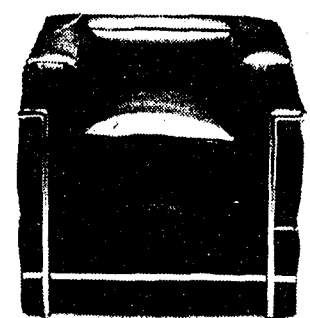
huber  
schweizer Uhren  
Schweizer Uhren  
Schweizer Uhren

EBEL  
les architectes du temps



Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille: «Wir brauchen kein Staatsvertragsreferendum. Wir dürfen die Vorteile der heutigen Zuständigkeitsordnung für Staatsverträge nicht unbedacht aufgeben.»

## LE CORBUSIER



## THONY

9494 Schaan  
Bahnhofstrasse 16  
WOHNEN  
jeden Samstag geöffnet bis 16 Uhr